

Morgen-Ausgabe.

Drittel der Baukosten stehe noch in weitem Felde. Herr Mallewiz kann dem nicht aufstehen. Wenn die Thatachen so lägen, wie Herr Dr. Graßmann sie vorgetragen hätte, und Herr Kettner hier nicht gewagt, sie zu bestritten (Hört!), so wäre Herr Dr. G. durchaus im Rechte, wenn er dieselben in der Stadtverordnetenversammlung vorbringe. Jedes Mitglied der städtischen Behörden habe darauf zu achten, daß der Stadt nicht unnütze Ausgaben erwachsen! Da die Sache hier aber angeschnitten sei, so werde er als Mitglied der Kirchenvertretung an St. Jakob die Sache auch in der Kirchenvertretung selbst noch zur Sprache bringen!

— Die heftige Anführung des „**Leinen** **Loch**“ im Bellevue-Theater und das gelungene Spiel des kleinen Josef Fiebig hatte einen vollen Erfolg und gehen wir demnächst darauf noch näher ein. Da an dem Gasspiel des jugendlichen Künstlers die Jugend ein Hauptinteresse hat und die Publikum gerade für die junge Welt manches Lehrreiche bietet, hat sich Herr Direktor Fiemann entschlossen, den „**Leinen Loch**“ während der Ferien täglich Nachmittags um 4½ Uhr in einer Extra-Vorstellung zu wiederholen, die erste dieser Vorstellungen findet Sonnabend Nach-

— Der Schützische Musik-Verein wählte in einer kürzlich abgehaltenen außerordentlichen General-Verammlung an Stelle des bisherigen Hornmeisters Herrn Karl Pöhl seinen früheren langjährigen bewährten Dirigenten Herrn Robert Seidel wieder.

— Der Hafen-Bauinspektor Wilhelm zu Rüssin, bisher zu Neufahrwasser bei Danzig, ist der Rother Adler-Orden vierter Klasse verliehen worden.

Stadtverordneten-Versammlung

Die Tagesordnung hat nur wenige Gegenstände von größerem allgemeinem Interesse.

Der Herr Borfcher macht Mittheilung, daß der Bezirksausfchuß die Gehaltsfeftfegung für die neue auszufchreibende Stelle eines Stadt- bauraths mit 8000 Mark genehmigt hat.

Für den Bau der Stettin-Jase- niger Bahn werden 1157 Quadratmeter von

dem am 1. d. d. Wege beizugehen Grundriss des Fuhrpalters Nummer 10 gezeichnet, die Versammlung genehmigt den Entwurf dieses Terrains mit 2 Mark pro Quadratmeter und bewilligt die Kaufsumme, sowie die Nebenkosten.

Eine Vorlage fordert Zustimmung zu dem Magistratsbeschluss betreffend die Genehmigung der Beischüsse der kirchlichen Behörden von St. Jakob i., zunächst die Kapelle an der Nordfront und den darüber liegenden Gipschül nach Maßgabe der Zeichnungen und des 33 700 Mark betragenden Anschlages herzustellen. Es wird dabei auf den Gemeinbeschluss vom März 1895 hingewiesen, in welchem eine Beihilfe von 20 000 Mark zu den Reparaturkosten der St.

Jakobi-Kird unter der Bedingung bewilligt ist, daß der Beitrag auf einen von der Stadtgemeinde etwa zu zahlenden Patronatsbeitrag zu diesen Bauten angerechnet werde, und ist dabei zu berücksichtigen, daß bei einer Ueberführung des Kisten-Bauhofes von 33 700 Mark die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, daß die Stadt zu Patronatsbeiträgen herangezogen werden könne, welche über die zugesagte Beihilfe von 20 000 Mark hinausgehen. Herr Dr. Kolisch als Referent empfiehlt die Genehmigung des Magistratsbeschlusses, da die Marktsache der Jakobikirche sich in einem höchst traurigen, der Wiederherstellung bringend bedürftigen Zustande befindet.

Herr Dr. Graßmann kann nicht umhin, hierbei eine Sache zur Sprache zu bringen, die in der Stadt sehr schief bedprochen werde. Man könne ja der Ansicht sein, daß die Gelbtausgaben der St. Jakobigemeinde nur den Kirgenuß und der Kirchenvorstellung selber den Nutzen bringen. Dem sei aber doch nicht so, da die Frage mindestens

als Patron der Kirche nicht auch zu einem Drittel der Baukosten für die Jakobikirche herangezogen werden könne. Von diesem Gesichtspunkte aus hätten auch die städtischen Behörden das Recht und die Pflicht, darauf zu achten, daß bei den Baukosten nicht

zunehmende Ausgaben gemacht wurden! Nun sei die Verwaltung der Gelber an St. Jakob i. d. Schöu mehrfach eine sehr wunderbare gewesen! (Hörl) Etwas sehr seltsames sei auch neuerdings im Gemeindefürsorge-Rath vorgekommen; man habe vier Maurermeister in beschränkter Submiffion aufgefordert, ihre Preise für gewisse Maurearbeiten abzugeben. Bei einer beschränkten Submiffion sei es ganz selbstverständlich, daß der jedesmal billigste die Arbeit erhalte; denn alle zur Submiffion aufgeforderten Meister müßten als durchaus leistungsfähig gelten, — nicht leistungsfähige Meister fordere man eben gar nicht zur beschränkten Submiffion auf. Trotzdem aber

gabe der Kirchenrath von St. Jakobi die Arbeiten nicht dem billigsten übertragen, sondern einem andern Herrn, der mehrere hundert Mark mehr gefordert habe, und zwar, trotzdem im Gemeindefkirchenrath die Leistungsfähigkeit des Mindestfordernden ausdrücklich anerkannt war, und mit der im Kirchenrathe selbst ausgesprochenen Motivierung, man wolle trotzdem lieber dem Zweitmindestfordernden die Arbeiten über-

Africa.

ragen, weil derselbe ein Kollege sei! (Derselbe ist Mitglied der Gemeindevertretung. Anm. d. Red.) Rechner verkenne nicht einen Augenblick, daß dem Zweitmindestfördernden selbst mit diesem Beschlusse wohl schwerlich ein Gefallen gehen worden sei! Derselbe sei jedenfalls — wie jeder Andere — sicher der Meinung, daß auch die Gemeindevertretung

bedeutend, da Amt eines Gemeindevorsetzers jetzt lediglich ein Ehrenamt, und gebe keinesfalls auch nur den geringsten Anlaß für pekuniäre Bevorzugung! Immerhin aber sei der Fall thatsächlich im Gemeindevorstand so vorgekommen. (Wir wir hören, hat Herr Professor Dr. Jonas aus Anlaß dieses Falles seinen Amt als Kirchenrath von St. Jakob.)

„Ich habe mir eingelegt“, rief der Redner, „daß ich seinen durch immerhin mehrere hundert Mark nutzlos demüthigt und auch die Stadt Kasse für ein Drittel dieser Summe möglicherweise mit in Anspruch genommen werden! Um die Sache nicht noch mehr zu verhäßeln, wolle Redner seine Stellung eines besondern Antrages ablehnen; er bitte aber wenigstens den Magistrat, seinen Einfluß auf den Gemeinderath von St. Jakob dahin geltend zu machen, daß die Bauten nicht unnützlich Summen kosteten, für die später vielleicht noch die Stadt zu einem Drittel aufzukommen habe! Der Redner ist der Ansicht, daß diese Angelegenheit einzig an den Gemeinderath und die Gemeindevertretung von St. Jakob gehe. Eine Baubewilligung der Stadt für ein

Herr Dr. Freund macht Mitteilung von den Ergebnissen der bakteriologischen Untersuchungen des Wasserleitungswassers im Monat März. Darnach betrug der höchste Tageskonsum 9744 cbm, der niedrigste 8364 cbm, gegenüber dem März 1896 wurde

eine Grapark von 1,75 pSt. festgestellt. Die Filtriergeschwindigkeit bewegte sich zwischen 35 und 101 mm in der Stunde, im Mittel betrug dieselbe 64 mm. Im Rohwasser wurde eine höchste Keimzahl von 3600, eine geringste Keimzahl von 940 pro Kubikzentimeter ermittelt. Die Proben des Reintwasserlaßins wiesen als höchste Keim-

Stadtverordneten-Versammlung
vom 14. April.

zahl 98, also niedriger 7 auf. Bei 7 Untersuchungen aus den Eingefüllten fand für die Reimzahl 20 nur dreimal überschritten. Der Graßmann gibt seiner Gemuthung über den günstigen Ausfall der letzten Untersuchungen Ausdruck, doch würde er es für zweifelhaft halten, wenn häufiger als bisher Proben aus den Zapfstellen der Stadt untersucht würden, denn das Wasser diene dem direkten Verbrauch. Rehner beantragt, an den Magistrat das Ersuchen zu richten, daß mindestens

Der Herr Borfcheher macht Mittheilung, daß der Bezirksausfchuß die Gehaltsbefreiung für die neue anzuführende Stelle eines Stadt- bauraths mit 8000 Mark genehmigt hat.

Für den Bau der Stettin-Jas- niger Bahn werden 1157 Quadratmeter von dem am Torneher Wege belegenen Grundstück des Fuhrhalters Rummrow gebraucht, die Ver- sammlung genehmigt den Umtauf dieses Terrains mit 2 Mark pro Quadratmeter und bewilligt die Pachtsumme sowie die Wobnkosten.

Eine Vorlage fordert Zustimmung zu dem Magistratebeschluss betreffend die Genehmigung der Beschüsse der kgl. Behörden von St. Jakob, zunächst die Kapelle an der Nordfront und den darüber liegenden Giebelhof nach Maßgabe der Zeichnungen und des 33 700 Mark betragenden Anschlages herzustellen. Es wird dabei auf den Gemeindebeschluss vom März 1895 hingewiesen, in welchem eine Beihilfe von 20 000 Mark zu den Reparaturkosten der St.

Jakobi-Kird unter der Bedingung bewilligt ist, daß der Beitrag auf einen von der Stadtgemeinde etwa zu zahlenden Patronatsbeitrag zu diesen Bauten angerechnet werde, und ist dabei zu berücksichtigen, daß bei einer Ueberführung des Kosten-Zuschlages von 33 700 Mark die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, daß die Stadt zu Patronatsbeiträgen herangezogen werden könne, welche über die zugelegte Beihilfe von 20 000 Mark hinausgehen. Herr Dr. Kollisch als Referent empfiehlt die Genehmigung des Magistrats-Beschlusses, da die Nordfassade der Jakobikirche sich in einem höchst traurigen, der Wiederherstellung dringend bedürftigen Zustande befindet.

Der D. Graßmann kann nicht umhin, hierbei eine Sache zur Sprache zu bringen, die in der Stadt sehr lebhaft bedprochen werde. Man könne ja der Ansicht sein, daß die Gelbtagsgaben der St. Jakobsgemeinde nur den Kirchencath und die Kirchenvretung derselben angien. Dem sei aber doch nicht so, da die Frage mindestens strittig sei, ob die Stadt bez. der Magisttrat als Patron der Kirche nicht auch zu einem Drittel der Baukosten für die Jakobikirche herangezogen werden könne. Von diesem Gesichtspunkte aus hätten auch die städtischen Behörden das Recht und die Pflicht, darauf zu achten, daß bei der Restituzion

ganz unbillige Ausgaben gemacht würden! Nun sei die Verwältung der Gelder an St. Jakob ja schon mehrfach eine sehr wunderbare gewesen! (Hört!) Gewiss sehr seltsames sei auch noch neuerdings im Gemeindefürsorgevorgehen; man habe der Mauermeisterin in beschränkter Submision aufgefordert, ihre Preise für gewisse Mauerarbeiten abzugeben. Bei einer beschränkten Submision sei es ganz selbstverständlich, daß der jedesmal billigste die Arbeit erhalte; denn alle zur Submision aufgeforderten Meister müßten als durchaus leistungsfähig gelten, — nicht leistungsfähige Meister fordere man eben gar nicht zur beschränkten Submision auf. Trotzdem aber

der Kirchenrath von St. Jacobi die Arbeiten
 nicht dem billigsten übertragen, sondern einem
 andern Herrn, der mehrere hundert Mark mehr
 gefordert habe, und zwar, trotzdem im Gemein-
 dekirchenrath die Leistungsfähigkeit des Mindest-
 fordernden ausdrücklich anerkannt war, und mit
 der im Kirchenrath selbst ausgesprochenen
 Motivirung, man wolle trotzdem lieber dem
 Zweitmindestfordernden die Arbeiten über-
 tragen, weil derselbe ein Kollege sei! Derselbe ist
 Mitglied der Gemeindeverwaltung.
 (Ann. d. Red.) Redner verkenne nicht einen
 Augenblick, daß dem Zweitmindestfordernden
 selbst mit diesem Gefasche wohl schwerlich
 ein Gefallen gethan worden sei! Derselbe
 ist jedenfalls — wie jeder Andere — sicher der
 Meinung, daß derjenige, der die Arbeiten

gefallen, daß Amt eines Gemeindevorstehers jetzt eigentlich ein Ehrenamt, und gebe keinenfalls auch nur den geringsten Anlaß für gefürchtete Bevorgung! Immerhin aber sei der Fall thätiglich im Gemeindevorstand so vorzunehmen. (Wir wir hören, hat Herr Professor Dr. Jonas aus Anlaß dieses Falles jedoch sein Amt als Kirchenrat von St. Jakob niedergelegt! Ann. der Red.) Seien daher immerhin mehrere hundert Mark nutzlos demüßigt und auch die Stadt könne für ein Drittel dieser Summe möglicherweise mit in Anspruch genommen werden! Um die Sache nicht noch mehr zu verschärfen, wolle Redner vor Stellung eines besonderen Antrages absehen; er bitte aber wenigstens den Magistrat, seinen Einfluß auf den Gemeindevorstand von St. Jakob dahin geltend zu machen, daß die Bauten nicht unnötige Summen kosteten, für die später vielleicht noch die Stadt zu einem Drittel aufzukommen habe! Herr Kettner ist der Ansicht, daß diese Angelegenheit einzig an den Gemeindevorstand und die Gemeindevorstellung von St. Jakob gehe. Eine Vorbruchscharge der Stadt für ein

der Vaupe der bakteriologischen Untersuchungen Wasser aus verschiedenen Zapfstellen der Stadt zu Grunde gelegt werde. In ähnlichem Sinne äußert sich Herr Verndt, wogegen der Herr Referent der Ansicht Ausdruck giebt, daß bei diesen Untersuchungen ein wesentliches Ergebnis nicht erzielt werden dürfte. Herr Manasse macht gegen den Antrag finanzielle Bedenken geltend, er meint jedoch, es würde die jedesmalige Untersuchung einer Zapfstelle in der Stadt rechtlich um den Betrag von 10 Pfennigen

ganz gemein, um den vorgeordneten Zwecken gerecht zu werden. Herr Dr. Freund betont, die Zahl der im Wasser vorgefundenen Keime sei für die Qualität desselben nicht unbedingt maßgebend, da die Keime im Allgemeinen ganz harmloser Natur sind, insbesondere treffe das zu bei denjenigen Keimen, welche das Wasser etwa in den Leitungsröhrten aufnehmen könnte, deshalb sei es von keiner großen Bedeutung, festzustellen, ob das Wasser der Zapfstellen einzelne Keime mehr enthalte als dasjenige der Filter oder des Reinstwasser-Wassins und es werde auch nicht besonders darauf ankommen, ob die Zapfstelle etwas mehr oder

weniger von der Zentrale entfernt, sei. Andererseits
bittet, den Antrag als zwecklos fallen zu lassen.
Herr Wendt wünscht eine Kontrolle des
Hochpreisverbots durch regelmäßige Probenentnahme
ins Werk gesetzt zu sehen. Herr M a l k e w i t z
führt aus, es komme den Antragstellern nur
darauf an, daß häufiger Proben von Zapfstellen
in der Stadt entnommen würden, er empfehle
deshalb, den Magistrat aufzufordern, im Rahmen
der bisherigen Untersuchungen die Zahl der
Untersuchungen von Zapfstellen in der Stadt zu
vermehrten. Herr Dr. Graßmann giebt zu
Gunsten dieses Antrages den seinigen zurück und
wird der Antrag Malkewitz darauf angenommen.

Eine Vorlage betrifft die Veranziehung nichtpreussischer Abtheilen zur Gewerbesteuer und Einkommensteuer. Der Vorsitzende des Gewerbeausschusses und der Einkommensteuer-Berathungsausschusses hierseits hat am Ansat einer Entscheidung des kgl. Oberverwaltungsgerichts vom 17. Januar 1895 an sämtliche nichtpreussische (englische, holländische, dänische, schwedische) Abtheilen, welche mit Stettin regelmässigen Dampfschiffsverkehr unterhalten, Aufforderungen zur Abgabe von Gewerbe- und Einkommensteuer-Erklärungen gerichtet. Da dies Vorgehen des Herrn Vorsitzenden vereinzelt dastehen soll, beantragt der Magistrat zu beschließen, daß die Stadtgemeinde

Stettin von Islandischen Hederelen, welche bloß deshalb steuerpflichtig sind, weil sie in Stettin eine Anlegestelle haben und regelmäßigen Verkehr mit Stettin unterhalten, Gemeinde-Einkommen- und Gemeinde-Gewerbesteuer selbst dann nicht erhebe, wenn staatsgerichtlich eine Veranlagung zur Einkommen- und Gewerbesteuer erfolgen sollte. Ueber die Angelegenheit referirt Herr Jung h a n s und fñhrt derselbe aus, die angezogene Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts habe in den Kreisen der Betheiligten eine gewisse Erregung hervorgerufen, da eine Besteuerung auswärtiger Hederelen in der angegebenen Weise nicht ohne Gefahr für die Freiheit von Handel und Verkehr durchführbar sei, er könne deshalb den Magistratsantrag zur, sei, daß wärsche, schimpfen. Das ist

finanzielle Seite der Sache anlangt, so könne er mittheilen, daß der Ertrag der Staats-Einkommen- und Gewerbesteuer zusammen auf rund 1600 Mark veranschlagt sei, für die Stadt Stettin würde also nach den hier eingeführten Zuschlägen wenig mehr als 200 Mark herauskommen. Einer verhältnißmäßig so geringen Summe gegenüber müßte es bedenklich erscheinen, die fremden Aebereien mit den Scherereien der Steuereinföschung zu befeßeln und ihnen dadurch unsern Hafen zu verfehlen, nachdem aus dessen Anlage Linnahmen verwendet worden. Uebrigens sei zu bedenken, daß viele von den hier verkehrenden Schiffen auch in Swinemünde anlegen, wo sie event. dieselben Placereien zu gewordnen haben würden. Der Magistratsantrag wird ohne jede weitere Erörterung genehmigt.

Zur Vermietung des Plazes an der Magazinstake an die Firma Schütt in Ahrens bis 1. April 1893 für 500 Mark Jahresmiete wird nachträglich der Zuschlag erteilt.

Dem Magistratsantrag, die Zahl der

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 15. April. Die Eröffnung der neuen Postdampfer-Verbindung Sagnitz-Trebbitz soll am 1. Mai unter besonderen Feierlichkeiten vor sich gehen. So heißt es, daß die Monarchen der beiden in Betracht kommenden Staaten Deutschland und Schweden, Ihre Majestäten der Kaiser Wilhelm und der König Oskar, an der Eröffnungsfesttheilnehmen und zu diesem Zwecke Sagnitz besuchen werden.

— In der gestern abgehaltenen Generalversammlung der „Union, Aktiengesellschaft für See- und Flußversicherungen“, wurde die Verteilung einer Dividende von 16½ Prozent vom Einfluß (25 Mark pro Aktie) genehmigt.

— Im Monat März wurden im Verbrauchsbezirk Pommern 42 247 Hektoliter reinen Alkohols an Branntwein hergestellt, 13 392 Hektoliter wurden nach Entrichtung der Verbrauchsabgabe in den freien Verkehr gesetzt. 2082 Hektoliter

Den Ingenieuramt, die Stadt und die

